

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1800)

Rubrik: Vollziehungsrath

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Freitag, den 10 Okt. 1800.

Zweytes Quartal.

Den 18 Vendemiäre IX.

Vollziehungsrath.

Beschluß vom 6. Okt.

Der Vollziehungs Rath — in Erwägung des gerech-
ten Eindruckes, welchen die Verwüstung des Klosters
Pfeggens, die von seinen Bewohnern erlittenen Uebel
und ihr lobwürdiges Betragen aus demselben gemacht
haben, und der wirksamen Maßregeln, welche zur
Rettung dieser Oekonomie erforderlich sind;

beschließt:

1. Die Verwaltung des Klosters Pfeggens ist auf un-
bestimmte Zeit unter die unmittelbare Aufsicht des
Finanzministeriums zu nehmen.
2. Das Finanzministerium wird sich bestreben eine
vollkommene Rechnung gegen das Kloster Pfeggens
zu stellen, und dem Vollziehungs Rath einige Ver-
gütungs- und Unterstützungsmittel vorschlagen.
3. Dem Verwalter des Klosters Pfeggens solle (indef-
sen sein verdientes Salarium bestimmt und berei-
nigt wird) für sein standhaftes und besorgtes Be-
nehmen eine Gratifikation von 15 Louisd'or aus
dem allgemeinen Klosterfond zur Belohnung und
Aufmunterung gereicht werden.
4. Der Finanzminister ist mit der Vollziehung des
gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Folgen die Unterschriften.

Gesetzgebender Rath, 6. Okt.

(Fortsetzung.)

Ein Mitglied der gleichen Commission legt über die
Bittschrift der Müller von Hutweil (S. S.)
folgenden Gesetzesvorschlag vor, der unter Vorbehalt
einer verbesserten Abfassung angenommen wird.

Der gesetzgebende Rath — nach Ablefung der Bitt-

schrift der Müller von Hutweil und in der Gegend,
und nach Anhörung seiner Vollziehungscommission;

In Erwägung, daß das Gesetz vom 19. Oktober
1798 über die Gewerbefreyheit, keine Bedingungen ent-
hält, unter welchen neue Wasserwerke zu errichten er-
laubt werden sollen;

In Erwägung, daß es dringlich sey, dem daher
entstehenden Nachtheile zu steuern, bis ein allgemeines
und umständliches Gesetz über diesen Gegenstand wird
gegeben werden können —

beschließt:

1. Die Verwaltungskammern sollen vom Tage der
Bekanntmachung gegenwärtigen Dekrets an, keine
neuen Mühlen oder Wasserwerke zu errichten be-
willigen, bis ein neues Gesetz über diesen Gegen-
stand gegeben seyn wird.
2. Ausgenommen sind die Fälle wo eine oder meh-
rere Gemeinden erweisen würden, daß ein Mangel
an Mühlenwerken oder andern Werken bey ihnen
vorhanden wäre und keine Einsprüche gegen eine
solche Erlaubniß einkommen.
3. Die Vollziehung des obbenannten Gesetzes vom
19. Okt. 98 und anderer Verordnungen, die diesem
Dekrete zuwiderlaufen, sind einstweilen eingestellt.

Der Vollz. Rath zeigt an, daß er über den Ge-
setzvorschlag, die Aufhebung der Abzugsgerechtigkeiten
mit auswärtigen Staaten betreffend, nichts zu bemer-
ken habe. Die zweyte Berathung wird vertaget.

Folgendes Befinden des Vollz. Rathes wird verlesen
und die Berathung vertaget:

B. G.! Ihren Gesetzesvorschlag über die Errichtung
von Kriegszucht-, Kriegs- und Revisionsräthen bey den
helvetischen Truppen, hat der Vollz. Rath mit aller
der Aufmerksamkeit geprüft, welche sowohl die Wich-
tigkeit des Vorschlags selbst, als die innig gefühlte

Nothwendigkeit, den weiteren Fortschritten der Indiscipline unter unsern Truppen Schranken zu setzen, erforderten.

Diejenigen unter seinen Mitgliedern, welche mit dem Kriegsdepartement in näherem Verhältniß stehen und die in dieses Fach einschlagenden Arbeiten einer besondern Untersuchung zu unterwerfen beauftragt sind — haben vereinigt mit dem Kriegsminister begliegendes Gutachten ausgestellt, welches der Vollz. Rath vollkommen genehmigt, und Ihnen B. G. als sein eigenes Gutachten vorzulegen beschlossen hat.

Daraus werden Sie die verschiedenen Hindernisse ersehen, welche der Vollziehung des vorhabenden Gesetzes im Wege stehen, sie sogar bey der wirklichen unseligen Erschlaffung des militärischen Geistes und bey der Seltenheit der tauglichen Subjekte unmöglich machen, und gewiß auf alle Fälle die Wirkungen weit hinter dem Vorhaben zurücklassen würden.

Der Vollz. Rath fühlt sich also durch seine heiligste Pflicht gedrungen, Ihnen B. Gesetzgeber zu erklären, daß die Niederlegung eines Central- Kriegs- und Revisionsraths, beyde immer im Dienst stehend und nach dem Plan, wie solcher der vorigen Gesetzgebung durch die Botschaft vom 14. Juni vorgeschlagen wurde, nach seiner Meinung das einzige mögliche Mittel sey, eine bessere Mannszucht bey den helvetischen Truppen einzuführen und beizubehalten.

Gesetzgebender Rath, 7. Okt.

Präsident: Anderwert h.

Folgende Abfassung des gestern beschlossenen Gesetzesvorschlages wird angenommen:

Der gesetzgebende Rath — nach Ablesung einer Bittschrift der Mühler von Hutwyl, Eridwyl und andern im Canton Bern, und nach Anhörung seiner Vizecommission;

In Erwägung, daß das Gesetz vom 19. Okt. 98, keine Bestimmungen über die Mühlwerke enthalte, welche besondere Einschränkungen bedürfen;

In Erwägung, daß es dringend ist, dem daher entstehenden Nachtheil zu steuern, bis ein allgemeines umständliches Gesetz über diesen Gegenstand gegeben werden kann — beschließt:

1. Die Verwaltungskammern sollen vom Tage der Bekanntmachung des gegenwärtigen Dekrets an, keine neue Mühlwerke zu errichten bewilligen, bis ein allgemeines Gesetz über diesen Gegenstand gegeben seyn wird.

2. Ausgenommen sind die Fälle, wo eine oder mehrere Gemeinen erweisen würden, daß ein Mangel an Mühlwerken bey ihnen vorhanden wäre, und keine gegründete Einsprachen gegen eine solche Erlaubniß einkommen.

3. Die Vollziehung des obgemeldten Gesetzes v. 19ten Okt. 98, der Beschlüsse der vollziehenden Gewalt vom 3. Dec. 98 und vom 28. April 1800 und anderer Verordnungen, in so weit sie diesem Dekret zuwiderlaufen, sind einstweilen eingestellt.

Folgende Abfassung wird als neuer Gesetzesvorschlag angenommen: — Der gesetzgebende Rath —

In Erwägung, daß der Gesetzgebung die Sorge für die Erhaltung des Staats Eigenthums ganz unmittelbar obliegt — beschließt:

1. Der 10. §. des Gesetzes vom 13. May 1800 über die Förmlichkeiten des Verkaufs der Nationalgüter, zu Tilgung der rückständigen Besoldungen, ist hiemit zurückgenommen.

1. Die Verkäufe derjenigen Nationalgüter, die zur Tilgung der rückständigen Besoldungen bestimmt sind, werden vom Vollz. Rath innert 3 Wochen nach der Versteigerung derselben, mit dessen Gutachten darüber, dem gesetzgebenden Rath zur Gutheißung vorgelegt, und der Käufer ist während 6 Wochen vom Tage der Steigerung an, an den Ersteigerungspreis gebunden.

3. Gegenwärtiges Dekret soll wie die frühern, auf diesen Gegenstand bezughabenden Gesetze, bey jeder Steigerung abgelesen werden.

Die Petitionen-Commission berichtet über folgende Gegenstände:

1. Joh. Eichenberger, franz. Bürger zu Ramsheim im Oberrhein. Departement, Sohn eines vor 44 Jahren mit Weib und Kind nach Frankreich ausgewanderten Schweizerbürgers von Weinweil, Distr. Kulm, reclamirt den ihm zukommenden Theil des Nachlasses seiner Mutter Bruder, der vor vielen Jahren nach Vorschrift des Landesgesetzes unter dessen nächste Anverwandte in der Schweiz vertheilt worden ist. Wird an die Civilcommission gewiesen.

2. Das Cantonsgericht Bern stellt die vielfältigen Mängel des Gesetzes über die Gerichtsgebühren vom 9. April 1800 vor, und fodert die Gesetzgebung zur Revision und Verbesserung desselben auf. Wird der Civilcommission zugewiesen. Die Vollziehung soll aufgeschoben werden, dem Rath über diesen Gegenstand binnen 8 Tagen einen Bericht zu erstatten.

3. Das Bezirksgericht Olten stellt vor, der Tarif der Gerichtsporteln vom 9. April 1800, schrecke den Armen von Verfolgung seines Rechts gegen den Reichen, ab. — In dem Canton Solothurn, wo vorher die Rechtspflege gratis administriert worden sey, sehe man die Gerichtsgebühren als die verhasste Veranlassung an, und die Gefahr, um dieser Ursache willen von dem Volk mißhandelt zu werden, hätte die sämtlichen Besizer bewogen, ihre Stellen zu verlassen, wenn sie nicht durch die dringendsten Befehle des Statthalters zurückgehalten worden wären. Die fallenden Gebühren seyen auch bey weitem nicht zu Bezahlung der Richter hinlänglich. Aufgefordert von den Ausschüssen der Gemeinden des Distrikts, verlangt das Gericht, daß in Bezug auf den Distr. Olten die Gerichtsporteln abgeschafft und die Richter von der Nation bezahlt werden — Falls aber man diesem Begehren nicht entsprechen könne, so verlangen die sämtlichen Distriktsrichter ihre Entlassung. Wird an die Civilgesetzgebungs-Commission gewiesen.

4. Zwey Vorstellungen aus der Gemeinde Grabs, Distr. Werdenberg, die eine von der Municipalität, die in der Aufhebung des Weidgangs in ihrem Bezirk, den Ruin ihrer mittleren und ärmern Bürgerclasse siehet, und daher um Ausnahme von dem Loskaufgesetz bittet, die andere von B. Errepr. Betsch in seinem und mehrerer Bürger von Grabs Namen, welche sich von der Loskauflichkeit des Weidgangs, selbst auch für Grabs die gesegnetesten Folgen verspricht; insbesondere dann gegen die Auslösung der bereits getroffenen Loskaufvergleichen feierlich protestirt.

Da die Aufsicht über die unverweilte Publikation der Gesetze und die Untersuchung der Ausnahmen von dem Loskauf, der Vollziehung obliegt, so schlägt die Commission vor, die beyden Vorstellungen der Vollziehung zu überweisen. Angenommen.

5. Ohne Anhörung der Gemeinde Seeberg, ward durch einen Beschluß des Vollz. Ausschusses vom 1ten Juni 1800, der Dorfgemeinde Höchstetten bewilligt, sich von gedachter ihrer Mutterkirche zu trennen, um sich an die Gemeind Köppigen anzuschließen. Gegen diesen einseitigen Beschluß reclamirte die Gemeinde Seeberg im Laufe Julius vor die damalige Gesetzgebung, welche die Untersuchung an eine Commission wies. Seit dem 7. Aug. ward auch dieses unvollendete Geschäft, der igiten Gesetzgebung vorgelegt, welche dann dasselbe an die Vollziehung wies, um darüber die nöthigen Berichte einzuziehen, und der Gesetzgebung zur

nöthigen Kenntniß mitzutheilen. — Auf die erhaltene Nachricht von dieser Interimserkenntniß wendet sich nun die Gemeind Seeberg an Sie B. Gesetzgeber und bittet, 1) um die Suspension des Beschlusses v. 1ten Juli bis zum endlichen Entscheid; 2) um Mittheilung des der Vollziehung abgeforderten Berichts, um solchen in facto et jure zu prüfen und nöthigen Falls dagegen ihr Recht vorkehren zu können.

(Die Fortsetzung folgt.)

Kleine Schriften.

Des redlichen catholischen Schweizers offenerzige Bemerkungen in Betreff der Religion, dermal über zwey in Luzern, das Daseyn des neuen Luzernern vor mehr als zwanzig Jahren von einem catholischen Priester prophezehten Heidenthums verathende herausgekommene Druckschriften: 1. Kann man zugeben, daß den Mönchen die Seelsorge in einem republikanischen Staate überlassen werde; und 2. Daß den Gemeinden die Pfarrwahlen oder ihrer Seelsorger überlassen werden? Die erste von einem Freunde der Aufklärung in Luzern, die zweite von B. Pfarrer Müller in Luzern, Luzern bey Meyer u. Comp. 1799. — Mit Erlaubniß der in der helvetischen Constitution Art. 10 enthaltenen Press- und Religionsfreiheit. 8. Helvetien 1800. S. 39.

„Die neue Philosophie und Politik ist nichts anders als die Wissenschaft zu lügen, zu betrügen und zu schaden. Sie nahm ihren Anfang schon mit der Welt. Die alte Schlange, das ist der Teufel, war im Paradiese der Auctor und Professor dieser Philosophie — Adam und Eva sammt ihrer Nachkommenschaft waren die Schlachtopfer davon — Cain war der erste Praktiker — Er und sein Sohn Henoch unterrichteten sowohl in Theorie als Praxi zu lügen und zu betrügen, und diese Lektion dauerte bis zur Sündfluth. — Nach der Sündfluth übernahmen diese Professur Cham und seine Abstammlinge — Diese lasen bis zum babylonischen Thurmabau — Da verwirkte Gott die Sprache der albernen Menschen und es ward halt babylonische Verwirrung. — Sie gaben ihr Bauwerk auf, giengen auseinander, und zerstreuten